

Liebe Leserin, lieber Leser,

Zum Anfang dieser Woche sind weitere Beschränkungen des öffentlichen Lebens in Kraft getreten. Wir halten diese für richtig und notwendig und bitten alle darum, sich strikt an die Vorschriften zu halten. So kann es gemeinsam gelingen, die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen und damit eine Überlastung unseres Gesundheitswesens zu verhindern.

Trotz der eingeschränkten Bewegungsfreiheit hat sich der Rat der Landeshauptstadt gestern zu einer Sitzung versammelt, um einige Beschlüsse zu fassen, die keinen Aufschub duldeten. Zugleich konnten wir Anja Schollmeyer als neues Mitglied unserer Fraktion im Rat begrüßen.

Eine interessante Lektüre wünscht
Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Zur aktuellen Lage

Die Corona-Krise verlangt allen Menschen erhebliche Einschränkungen ab. Zugleich ist die öffentliche Hand auf den verschiedenen Ebenen, in Bund und Land ebenso wie in den Kommunen gefordert, die Einschränkungen und die daraus resultierenden Einbußen in den verschiedenen Bereichen einigermaßen abzufangen. Allerdings hat auch die öffentliche Hand erhebliche Einnahmeverluste hinzunehmen, während zugleich laufende sowie zusätzliche Aufwendungen zu finanzieren sind.

Wir als SPD-Ratsfraktion werden das Unsere tun, was machbar und notwendig ist, um die Folgen der angespannten Lage so weit wie möglich abzufedern. So hatten wir in der vergangenen Woche die Verwaltung bereits gebeten, Privatunternehmen und Freischaffenden bei den Steuervorauszahlungen entgegenzukommen. Auch hatten wir die Stadt aufgefordert, bei den Kita-Entgelten eine Regelung zu finden, die Eltern von unbilligen Härten verschont.

Dieser Bitte ist die Verwaltung nachgekommen: Für April werden **keine Betreuungsentgelte** erhoben, und zwar für den gesamten Monat nicht. Von den Beiträgen befreit werden auch Eltern, deren Kinder in Notgruppen betreut werden, da dieses Angebot nur in geringer Zahl und auch nicht in vollem Umfang, also für den ganzen Tag, genutzt wird.

Auch die finanzielle **Unterstützung für Unternehmen und Freischaffende** ist vorbereitet. Die Hilfen werden einen Umfang von 10 Millionen Euro haben. Beide Maßnahmen wird der Verwaltungsausschuss in den nächsten Tagen beschließen.

Unsere Fraktionsgeschäftsstelle ist weiterhin zu erreichen, allerdings zu eingeschränkten Zeiten: in der Regel montags bis donnerstags zwischen 10 und 15 Uhr, freitags bis 13 Uhr. Da die Beschäftigten unseres Fraktionsbüros zurzeit im Homeoffice arbeiten, bitten wir um Verständnis dafür, sollten sie einmal nicht sofort erreichbar sein.

Neu für unsere Fraktion im Rat: Anja Schollmeyer

Anja Schollmeyer (35) ist am Donnerstag in den Rat eingeführt worden. Nachdem Christine Ranke-Heck ihr Ratsmandat aus privaten Gründen niedergelegt hatte (sie möchte sich künftig verstärkt um ihre Enkel kümmern), wird Anja nun gemeinsam mit Angelo Alter den Stadtbezirk Döhren-Wülfel im Rat vertreten.

In der vergangenen Wahlperiode, 2011–2016, vertrat Anja die Bürger*innen ihres Stadtbezirks bereits im Bezirksrat Döhren-Wülfel. Als gelernte Verwaltungsfachwirtin kennt sie sich auch in der öffentlichen Verwaltung aus.

Ihre Ziele? „Die Bewältigung der Corona-Krise und der daraus entspringenden Folgen werden unsere Arbeit im Rat in nächster Zeit entscheidend prägen. Gemeinsam mit der SPD-Fraktion werde ich mich vor allem dafür einsetzen, dass die Wirtschaft in unserer Stadt die notwendige Unterstützung erhält“, sagt Anja.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Anja und danken zugleich Christine Ranke-Heck für ihre langjährige Arbeit in und mit unserer Fraktion. Christine war seit 2011 Mitglied des Rates für unsere Fraktion. Neben ihrem Ratsmandat war sie zunächst noch Bezirksbürgermeisterin in Döhren-Wülfel. Christines Schwerpunkt lag auf der Wirtschaftspolitik, sie vertrat unsere Fraktion im Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten sowie in den Betriebsausschüssen für die Städtischen Häfen und das HCC.



Aus der Ratsversammlung

Gestern, am 26. März, hat sich der Rat versammelt – aufgrund der aktuellen Lage im HCC. Diese Ratsversammlung war notwendig, da einige Beschlüsse keinen Aufschub duldeten, um fristgerecht umgesetzt werden zu können. Debatten fanden dabei nicht statt, die Redebeiträge wurden ausschließlich schriftlich zu Protokoll gegeben, um die Sitzungszeit möglichst kurz zu halten und damit das Infektionsrisiko der Abgeordneten, der städtischen Beschäftigten und der Zuschauer*innen zu minimieren.

Unter den Beschlüssen der Ratsversammlung ragt die Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt heraus, die eine Anhebung der **Wertgrenzen für die laufenden Geschäfte der Verwaltung** ermöglicht. Konnte die Verwaltung bislang ohne Zustimmung des Rates etwa Lieferungen und Leistungen nur bis zu einem Wert von 265.000 und Bauaufträge bis zu einem Wert von 331.000 Euro vergeben, so wird sie nun vorübergehend auch entsprechende Verwaltungsgeschäfte mit einem Volumen von bis zu 10 Millionen Euro ohne Zustimmung des Rates tätigen können. Dies ist eine vorübergehende Maßnahme, die der Verwaltung einen zusätzlichen Handlungsspielraum eröffnet. Den benötigt sie derzeit, um die Folgen der Coronakrise abfedern zu können.

Beschlossen haben wir in der Ratsversammlung weiterhin u.a. die Neuregelung über die Kita-Entgelte, die neue Stellplatzsatzung, die Verlängerung von Aufwendungszuschüssen, die Unterbringungssatzung, den Neubau der Grundschule Buchholz-Kleefeld II sowie die Neuordnung der Dezernatsverteilung.

Mit der **Neuregelung der Kita-Entgelte** wird unsere Forderung umgesetzt, vor allem Eltern mit niedrigen oder mittleren Einkommen zu entlasten. Dies gelingt nun vor allem dadurch, dass das Kindergeld nicht mehr auf das verfügbare Einkommen angerechnet und die Entgeltstaffel neu geordnet wird. Auf diese Weise werden 56 Prozent der Entgeltzahler*innen entlastet, während die Kita-Beiträge für ein Zehntel unverändert bleiben; nur Eltern mit einem Nettoeinkommen ab 3.200 Euro (das sind 34 Prozent der Entgeltzahler*innen) müssen höhere Kita-Beiträge entrichten.

Ebenfalls auf unseren Antrag wurde eine **Stellplatzsatzung** für unsere Stadt erarbeitet. Musste bislang für jede Wohnung ein Stellplatz nachgewiesen werden, so reduziert sich diese Anzahl

nun auf 0,5 bis 0,8 Stellplätze je nach Lage. Dies senkt die Kosten für den Wohnungsbau, da etwa Parkplätze oder gar Tiefgaragen kleiner ausfallen können als bisher. So trägt die neue Stellplatzsatzung mittelbar zur Schaffung von Wohnraum bei.

Ein wichtiger Baustein für eine soziale Wohnungspolitik sind auch die Belegrechte. Sie sichern eine bestimmte Zahl an Wohnungen für Mieter*innen mit niedrigen Einkommen. Wir haben nun die **Aufwendungszuschüsse für 160 Belegrechtswohnungen** verlängert, die ansonsten in diesem Jahr aus der Förderung herausgefallen wären. Zudem können die Zuschüsse hierfür bei Bedarf erhöht werden. Dieser Beschluss reiht sich ein in verschiedene Maßnahmen, mit denen es uns gelungen ist, die Verringerung von Belegrechten zu stoppen und in unserer Stadt weiterhin 19–20.000 solcher Wohnungen vorzuhalten.

Mit der **Unterbringungssatzung** schaffen wir Rechtssicherheit in den Unterkünften für Obdachlose und für Geflüchtete. Zugleich ist diese Satzung eine Grundlage dafür, dass die Stadtverwaltung zusätzliche Gelder für die Unterbringung erhält.

Mit dem **Neubau der Grundschule Buchholz-Kleefeld II** wird die Schulsituation in diesem Stadtbezirk deutlich verbessert werden. Am Paracelsusweg wird nun eine neue Grundschule entstehen, die zum Schuljahr 2022/2023 ihren Betrieb aufnehmen soll, dreizügig ausgelegt ist und eine Zweifeld-Sporthalle erhalten wird. Mit der neuen Schule werden die Wege für Schulkinder aus Groß-Buchholz deutlich verkürzt: Derzeit besuchen etliche Kinder ersatzweise eine Grundschule in Kleefeld.

Und schließlich kann nun auch die **Verteilung der Dezernate** in der Stadtverwaltung neu geordnet werden: Die Zuständigkeiten des Organisations- und Personaldezernates, des Sozialdezernates, des Wirtschafts- und Umweltdezernates sowie des Baudezernates werden zum 1. Juli neu sortiert, neu geschaffen wird das Kultur- und Sportdezernat. Wird dieses Dezernat künftig von der bisherigen Sozial- und Sportdezernentin Konstanze Beckedorf geführt werden, so werden das Organisations- und Personaldezernat und das Sozialdezernat zur Besetzung neu ausgeschrieben; für Stadtbaurat Uwe Bodemann, der zum 30. Juni aus Altersgründen ausscheiden wird, wird eine Nachfolge gesucht.

Neu eingeführt wurde unsere Ratsfrau Anja Schollmeyer, verabschiedet wurde unsere Ratsfrau Christine Ranke-Heck (siehe oben).

Impressum

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse, Lars Kelich.
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de,
Facebook: <https://www.facebook.com/SPDRatsfraktionHannover>, Instagram:
<https://www.instagram.com/spdrathannover/>, Twitter: <https://twitter.com/spdrathannover/>

Die nächste Ausgabe von Fraktion aktuell erscheint voraussichtlich am 17. April 2020.